ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lesch, Hagen

**Article**

# Europäische Währungsunion und Lohnsenkungswettbewerb

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

**Provided in Cooperation with:**
German Economic Institute (IW), Cologne

*Suggested Citation:* Lesch, Hagen (2003) : Europäische Währungsunion und Lohnsenkungswettbewerb, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 30, Iss. 2, pp. 15-25,
https://doi.org/10.2373/1864-810X.03-02-02

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/156840

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

## ANALYSE

# EUROPÄISCHE WÄHRUNGSUNION UND LOHNSENKUNGSWETTBEWERB*

*iw-trends*

*Mit der Europäischen Währungsunion ist die beschäftigungspolitische Verantwortung der Tarifparteien erheblich größer geworden. Denn die beschäftigungs- und wettbewerbsschädigenden Effekte überzogener Lohnabschlüsse können nicht mehr durch Wechselkurskorrekturen oder geldpolitische Alimentationen aufgefangen werden. In einigen Ländern des Euroraums haben die Tarifparteien hierauf durch eine stärkere Produktivitätsausrichtung ihrer Lohnabschlüsse reagiert. Die bisweilen heraufbeschworene Entwicklung eines Lohnsenkungswettbewerbs hat sich aber nicht eingestellt. Eine empirische Überprüfung zeigt, dass es weder in der Europäischen Union insgesamt noch im Euroraum eine anhaltende Tendenz einer verstärkten Lohnzurückhaltung gibt. Der Lohnbildungsprozess wurde demnach auch weniger durch die Entwicklung der Arbeitsmärkte als durch die verteilungspolitischen Ziele der Gewerkschaften bestimmt, die die Sicherung der Reallöhne in den Mittelpunkt stellen.*

Mit der unwiderruflichen Wechselkursfixierung und der Übertragung der Geldpolitik an die Europäische Zentralbank (EZB) im Jahr 1999 hat die gemeinsame Währung den makroökonomischen Rahmen besonders für die nationale Lohn- und Tarifpolitik in zwölf europäischen Ländern gründlich verändert (Lesch, 1999, 6 ff.). Zum einen können überhöhte Tarifabschlüsse nicht mehr durch Währungsabwertungen gegenüber dem Ausland neutralisiert werden. Zum anderen lassen sich lohnpolitische Fehlentwicklungen nicht länger durch nationale Geldpolitiken korrigieren. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) überträgt den Tarifpartnern damit eine höhere realwirtschaftliche Verantwortung, mit der Folge, dass die nationale Nominallohnpolitik gleichzeitig auch stets Reallohnpolitik und damit auch Beschäftigungspolitik ist (Wissenschaftlicher Beirat, 1989).

* Dieser Aufsatz ist Teilergebnis des von der informedia-Stiftung Gemeinnützige Stiftung für Gesellschaftswissenschaften und Publizistik, Köln geförderten Projekts „Armut und Reichtum in Europa – Verteilungskampf und Verteilungsgerechtigkeit“.

Angesichts der in einigen Ländern der Eurozone anhaltend hohen Arbeitslosigkeit wird nun aber befürchtet, dass die Tarifpolitik zu einem „Lohnsenkungswettbewerb“ degeneriert, der wiederum deflationäre Prozesse auslöst (Kromphardt, 1999, 88; Horn/Scheremet/Zwiener, 1999, 80). Dabei beschreibt ein Lohnsenkungswettbewerb eine kompetitive Strategie der Lohnzurückhaltung, bei der die Lohnsteigerungen unterhalb des Produktivitätswachstums bleiben (Schürfeld, 1998, 543 f.). Der Versuch eines einzelnen Landes, sich durch Lohnzurückhaltung einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, ruft gleichartige Reaktionen des Auslands hervor. Im Ergebnis würde kein Land einen Vorteil gewinnen. Vielmehr würden alle Beteiligten ärmer, weil niedrigeren Löhnen kein höheres Beschäftigungsniveau gegenüberstünde. Im Extremfall kann dies eine Abwärtsspirale der Löhne nach unten induzieren.

*Fragestellung*

Dieser Befürchtung soll im Folgenden nachgegangen werden. Im ersten Teil dieses Beitrags wird eine Bestandsaufnahme der Lohnentwicklung seit Ende der achtziger Jahre vorgenommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche lohnpolitischen Trends in verschiedenen Teilperioden beobachtbar sind und ob diese die These vom Lohnsenkungswettbewerb erhärten. Der zweite Teil geht einen Schritt weiter und versucht, die identifizierten Lohntrends durch makroökonomische Einflüsse und institutionelle Regelungen zu erklären. Auf diese Weise soll überprüft werden, ob die Vorstellung eines uferlosen Lohnwettbewerbs nach unten stichhaltig ist.

*Untersuchungsperiode*

Zunächst wird die Lohnentwicklung aller 15 Mitgliedsländer der Europäischen Union im Zeitraum 1987/2002 in den Blick genommen. Der Periodenzeitraum wurde gewählt, weil die späten achtziger Jahre in der EU einen wichtigen Schub in Richtung Intensivierung des internationalen Wettbewerbs gebracht haben. Mit dem In-Kraft-Treten der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1987 wurde ein verbindlicher Terminplan für die Vollendung des europäischen Binnenmarktes (freier Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) vorgegeben. Im Juni 1988 wurde dann eine Sachverständigengruppe (Delors-Ausschuss) bestellt, um einen Stufenplan zur Einführung einer gemeinsamen Währung zu erarbeiten.

Ein zweiter Integrationsschub ergab sich aus der Bestimmung des Maastrichter Vertrags über die Errichtung einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, die Endstufe der Währungsunion frühestens am 1. Januar 1997 beginnen zu lassen und die Teilnahme an der Endstufe von der Einhaltung bestimmter Kriterien abhängig zu machen. Wenngleich der Beginn der Währungsunion auf den 1. Januar 1999 verschoben werden musste, markiert 1995 den Beginn der engeren Konvergenzphase. Entsprechend wurde der dieser Untersuchung zugrunde liegende Beobachtungszeitraum in zwei Teilperioden untergliedert. Die erste Periode umfasst die Jahre 1987/1994, die zweite die Jahre 1995/2002. Da diese zweite Teilperiode keineswegs homogen verlief und das Jahr 1999 mit der irreversiblen Wechselkursfixierung einen weiteren institutionellen Einschnitt markiert, wurde dieser Zeitraum noch einmal in zwei Unterperioden gegliedert: eine Konvergenzphase 1995/1998 und eine EWU-Phase 1999/2002. Im Zuge dieser letzten Integrationsvertiefung müssten ungeachtet etwaiger konjunktureller Sondereffekte die in der These des Lohnsenkungswettbewerbs unterstellten kompetitiven Lohnsenkungen eigentlich nach und nach sichtbar werden.

*Indikatoren*

Neben einer sinnvollen Periodenabgrenzung stellt sich die Aufgabe, zur empirischen Überprüfung geeignete Indikatoren der Lohnzurückhaltung zu wählen. Dabei wird zwischen zwei Indikatoren unterschieden (Lesch, 2001, 40 ff.). Nach der strengen Definition misst Lohnzurückhaltung die Differenz zwischen der prozentualen Veränderung von Arbeitsproduktivität einerseits und den Löhnen andererseits. Steigt die Arbeitsproduktivität rascher als die Löhne, wird die Lohnpolitik als moderat bewertet. Der Indikator der Lohnzurückhaltung hat ein positives Vorzeichen. Übersteigt hingegen der Lohnzuwachs den Produktivitätsanstieg, liegt eine expansive Lohnpolitik vor. Das Vorzeichen des Indikators wird negativ.

Da die Arbeitsnachfrage und damit die Beschäftigung von den gesamten Arbeitskosten abhängen, wird die Lohnentwicklung durch den Anstieg der Arbeitskosten je Beschäftigten für die Gesamtwirtschaft gemessen (Arbeitnehmerentgelte). Datengrundlage bilden die von der Europäischen Kommission regelmäßig veröffentlichten Einkommen aus unselbstständiger Arbeit je Arbeitnehmer. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, also der dem Faktor Arbeit zugerechnete Produktivitätszuwachs, wird durch den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen gemessen.

Für eine nominallohnbezogene Betrachtung spricht, dass die Tarifparteien über Nominallohnsteigerungen verhandeln und die Reallohnsteigerungen erst im Zusammenspiel mit der geldpolitischen Reaktion der Notenbank entstehen. Mit diesem Nominallohnansatz soll darüber hinaus der Doppelfunktion der produktivitätsorientierten Lohnpolitik Rechnung getragen werden, die darin besteht, einerseits das volkswirtschaftliche Preisniveau zu stabilisieren, andererseits aber auch dem Beschäftigungsziel zu dienen (Wansleben, 1986, 24). Nominallohnzurückhaltung hilft, Konflikte zwischen Lohn- und Geldpolitik zu vermeiden und verbessert dadurch die Voraussetzungen für investitionsstimulierende Zinssenkungen. Da diese stabilitätspolitische Dimension der Lohnpolitik kontrovers diskutiert wird, werden in einem zweiten Indikator der Lohnzurückhaltung auch die realen Arbeitskosten der Produktivität gegenübergestellt. Dies liefert einen weicher definierten Indikator der Lohnzurückhaltung.

Beim Vergleich von Lohnzuwachs und Produktivitätsentwicklung müssen immer auch die Wechselwirkungen zwischen beiden Größen beachtet werden. Denn einerseits steckt die Produktivitätsdynamik den realen Verteilungsspielraum ab, andererseits wird der Produktivitätspfad selbst von der Lohnentwicklung bestimmt. Übermäßige Lohnerhöhungen führen zum Personalabbau. Geht die Produktion nicht im gleichen Ausmaß zurück, dann steigt die Produktivität lohn- und entlassungsbedingt an.

*Nominallohnzurückhaltung*

Ein Blick auf die Nominallohnzurückhaltung der letzten 16 Jahre in Tabelle 1 zeigt zunächst, dass sich die periodendurchschnittlichen Nominallohnerhöhungen im Zeitraum 1995/2002 deutlich stärker an der Produktivitätsentwicklung orientiert haben als in der Periode 1987/1994 – wenngleich die Nominallohnsteigerungen immer noch größer waren als der Produktivitätszuwachs. Dass die Produktivitätsorientierung in den südeuropäischen Ländern Griechenland (9,4 Prozentpunkte), Portugal (6,4 Prozentpunkte) und Spanien (3,8 Prozentpunkte) zwischen den Untersuchungsperioden am stärksten zugenommen hat, könnte vor allem mit der erfolgreichen Bekämpfung der Inflation zusammenhängen. Aber auch in Ländern mit längerer Stabilitätskultur nahm die Produktivitätsorientierung zu. So schrumpfte die anhaltend negative Differenz zwischen Produktivitäts- und Nominallohnwachstum in Deutschland und Österreich immerhin um jeweils 1,8 Pro-

zentpunkte. Lediglich in den ebenfalls traditionell stabilitätsorientierten Niederlanden nahm die Nominallohnzurückhaltung ab.

Tabelle 1

## Nominallohnzurückhaltung in der Gesamtwirtschaft

- Periodendurchschnitte -

| | 1987/ 1994 | 1995/ 2002 | Veränderung 1995/2002 gegen 1987/1994 | 1995/ 1998 | 1999/ 2002 | Veränderung 1999/2002 gegen 1995/1998 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Prozent | | in Prozentpunkten | in Prozent | | in Prozentpunkten |
| Griechenland | -14,4 | -5,0 | 9,4 | -8,3 | -1,7 | 6,6 |
| Portugal | -10,8 | -4,4 | 6,4 | -3,1 | -5,7 | -2,6 |
| Spanien | -6,6 | -2,8 | 3,8 | -2,5 | -3,1 | -0,5 |
| Italien | -5,1 | -2,0 | 3,1 | -1,7 | -2,3 | -0,6 |
| Schweden | -4,8 | -2,3 | 2,5 | -1,7 | -3,0 | -1,3 |
| UK | -5,0 | -2,9 | 2,1 | -2,6 | -3,2 | -0,6 |
| Österreich | -2,4 | -0,6 | 1,8 | -0,3 | -0,8 | -0,5 |
| Deutschland[1)] | -2,5 | -0,7 | 1,8 | -0,4 | -0,9 | -0,5 |
| Belgien | -3,0 | -1,4 | 1,6 | -0,6 | -2,3 | -1,8 |
| Finnland | -2,8 | -1,5 | 1,4 | -0,7 | -2,2 | -1,5 |
| Dänemark | -2,7 | -2,1 | 0,6 | -2,0 | -2,2 | -0,2 |
| Frankreich | -1,6 | -1,2 | 0,4 | -0,7 | -1,7 | -1,0 |
| Irland | -2,0 | -1,7 | 0,4 | -0,1 | -3,2 | -3,1 |
| Luxemburg | -2,6 | -2,3 | 0,3 | 0,0 | -4,6 | -4,6 |
| Niederlande | -1,5 | -2,5 | -1,1 | -1,2 | -3,8 | -2,6 |

Nominallohnzurückhaltung: Veränderung der Produktivität (reales BIP je Erwerbstätigen) minus Veränderung der nominalen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) jeweils in Prozent.
1) Bis 1991 alte Bundesländer.
Quelle: Europäische Kommission; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Unterteilt man die zweite Teilperiode 1995/2002 in die Jahre vor (1995/1998) und nach Beginn der Währungsunion (1999/2002), zeigt sich indes keine allgemeine Tendenz zur Lohnmäßigung mehr. Im Gegenteil: Die letzte Spalte in Tabelle 1 zeigt, dass mit Ausnahme Griechenlands überall eine Tendenz zur Lohnexpansion besteht. Auch hier zu Lande ist die negative Differenz zwischen Produktivitätssteigerungen und Nominallohnerhöhungen zuletzt wieder größer geworden.

*Reallohn-zurückhaltung*

Bei der Reallohnzurückhaltung zeigt sich im Periodenvergleich 1995/2002 gegenüber 1987/1994 ein anderes Bild als bei der Nominallohnzurückhaltung (Tabelle 2). Zunächst fällt bei den Periodendurchschnitten auf, dass das Vorzeichen vielfach positiv ausfällt. Der durch den Produktivitätsanstieg vorgegebene Verteilungsspielraum wurde real nicht voll ausgeschöpft. Die Reallohnzuwächse lagen hier zu Lande zwischen 1987 und 1994 im Jahresdurchschnitt um 0,6 Prozentpunkte und zwischen 1995 und 2002 um 0,3 Prozentpunkte unter dem Produktivitätsanstieg, während die Nominallohnzuwächse um 2,5 oder 0,7 Prozentpunkte darüber waren (siehe Tabelle 1).

Tabelle 2

## Reallohnzurückhaltung in der Gesamtwirtschaft

- Periodendurchschnitte -

| | 1987/ 1994 | 1995/ 2002 | Veränderung 1995/2002 gegen 1987/1994 | 1995/ 1998 | 1999/ 2002 | Veränderung 1999/2002 gegen 1995/1998 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Prozent | | in Prozentpunkten | in Prozent | | in Prozentpunkten |
| Irland | 0,8 | 2,8 | 2,0 | 3,7 | 1,8 | -2,0 |
| Spanien | -0,4 | 0,7 | 1,1 | 0,8 | 0,7 | -0,1 |
| Österreich | 0,5 | 0,7 | 0,3 | 1,0 | 0,5 | -0,5 |
| Italien | 0,9 | 1,1 | 0,2 | 2,2 | 0,0 | -2,2 |
| Belgien | 0,0 | 0,1 | 0,1 | 0,8 | -0,6 | -1,4 |
| Niederlande | 0,2 | 0,1 | -0,1 | 0,5 | -0,2 | -0,7 |
| Deutschland[1)] | 0,6 | 0,3 | -0,3 | 0,6 | -0,1 | -0,9 |
| UK | 0,2 | -0,1 | -0,3 | 0,4 | -0,6 | -1,0 |
| Portugal | -0,3 | -0,6 | -0,3 | 0,5 | -1,7 | -2,2 |
| Luxemburg | 0,5 | 0,2 | -0,3 | 2,4 | -2,0 | -4,4 |
| Finnland | 1,2 | 0,7 | -0,5 | 1,7 | -0,3 | -1,9 |
| Dänemark | 0,5 | -0,1 | -0,7 | -0,1 | -0,2 | 0,0 |
| Griechenland | 1,4 | 0,5 | -0,9 | -0,9 | 1,8 | 2,6 |
| Frankreich | 1,1 | 0,1 | -1,0 | 0,7 | -0,5 | -1,2 |
| Schweden | 0,5 | -0,8 | -1,2 | 0,1 | -1,6 | -1,7 |

Reallohnzurückhaltung: Veränderung der Produktivität (reales BIP je Erwerbstätigen) minus Veränderung der realen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer; deflationiert mit dem BIP-Deflator) jeweils in Prozent.
1) Bis 1991 alte Bundesländer.
Quelle: Europäische Kommission; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Dieses Muster ist auch bei anderen Ländern erkennbar. Allerdings hat die Reallohnzurückhaltung in den meisten Ländern – auch in Deutschland – nicht zugenommen, sondern entgegen der befürchteten These vom Lohnsenkungswettbewerb abgenommen. Nur in Irland, Spanien, Österreich, Italien und Belgien orientierte sich die Reallohndynamik in der zweiten Untersuchungsperiode im Durchschnitt stärker an der Produktivitätsentwicklung.

Lenkt man den Fokus auf die zweite Teilperiode und unterteilt diese wieder in die Jahre vor und nach Beginn der Währungsunion, ergibt sich hingegen ein ähnlicher Befund wie bei der nominalen Entwicklung. Auch bei der Reallohnzurückhaltung lässt sich für den Zeitraum 1999/2002 allgemein eine Verschlechterung gegenüber der Konvergenzphase 1995/1998 beobachten. Nur in Griechenland, das erst Anfang 2001 der Eurozone beitrat und dessen Konvergenzprozess entsprechend länger dauerte, nahm die Reallohnzurückhaltung seit 1999 zu. In den übrigen elf Ländern der EWU wurde zuletzt eine geringere Lohnzurückhaltung realisiert. In Dänemark blieb sie konstant, während sie im Vereinigten Königreich und in Schweden, die nicht an der EWU teilnehmen, abnahm.

*Zwischenergebnis*

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf gesamtwirtschaftlicher Ebene trotz fortschreitender Integration keine eindeutige Tendenz zu einer zunehmenden Lohnzurückhaltung beobachtbar ist weder für die EU insgesamt noch für die zwölf Länder der Eurozone. Im Gegenteil: Seit Beginn der Währungsunion ist gegenüber den Jahren des Konvergenzprozesses in fast allen Ländern eine Abnahme der Lohnzurückhaltung zu beobachten, unabhängig davon, ob der strenge oder weiche Indikator herangezogen wird.

Die gesamtwirtschaftliche Betrachtung verdeckt, dass vor allem das Verarbeitende Gewerbe unter internationalem Wettbewerbsdruck steht und sich die Euro-Einführung besonders dort disziplinierend auf die Lohnpolitik auswirken dürfte. Eine Überprüfung der Lohnentwicklung mit Hilfe der Arbeitskostenerhebung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (Schröder, 2002) für insgesamt acht EU-Länder zeigt, dass die Nominallohnzurückhaltung seit 1995 einzig in den Niederlanden abgenommen hat. Beim Vergleich der Jahre vor und nach Errichtung der Währungsunion ist hingegen keine eindeutige Tendenz erkennbar. Belgien, Frankreich und die Niederlande verzeichnen weniger, Deutschland, Schweden, Dänemark, Vereinigtes Kö-

nigreich und Italien mehr Lohndisziplin. Bei der Reallohnzurückhaltung lassen sich seit 1995 ebenso viele Länder mit abnehmender (Vereinigtes Königreich, Niederlande, Schweden und Belgien) wie mit zunehmender (Deutschland, Italien, Frankreich und Dänemark) Lohndisziplin erkennen. Auch beim Vergleich der Jahre vor und nach Beginn der Währungsunion gibt es Länder mit zunehmender und abnehmender Disziplin.

Tabelle 3

## Determinanten der Lohnzurückhaltung

- Veränderung 1995/2002 gegenüber 1987/1994 in Prozentpunkten -

| | Nominallohn-zurück-haltung[1)] | Reallohn-zurück-haltung[2)] | Inflations-rate[3)] | Arbeitslosen-quote | Struktur-wandel[4)] |
|---|---|---|---|---|---|
| Griechenland | 9,4 | -0,9 | -10,9 | 2,9 | -3,8 |
| Portugal | 6,4 | -0,3 | -6,6 | 0,0 | -0,2 |
| Spanien | 3,8 | 1,1 | -2,7 | -1,4 | -0,7 |
| Italien | 3,1 | 0,2 | -2,7 | 1,3 | -1,9 |
| Schweden | 2,5 | -1,2 | -4,4 | 3,1 | -2,8 |
| UK | 2,1 | -0,3 | -3,2 | -2,5 | -5,2 |
| Deutschland[5)] | 1,8 | -0,3 | -1,3 | 2,3 | -5,5 |
| Österreich | 1,8 | 0,3 | -1,3 | 0,8 | -5,1 |
| Belgien | 1,6 | 0,1 | -0,5 | 0,3 | -3,0 |
| Finnland | 1,4 | -0,5 | -2,2 | 3,2 | -1,8 |
| Dänemark | 0,6 | -0,7 | -1,0 | -2,2 | -0,9 |
| Frankreich | 0,4 | -1,0 | -1,5 | 0,5 | -4,2 |
| Irland | 0,4 | 2,0 | 0,6 | -7,7 | 0,0 |
| Luxemburg | 0,3 | -0,3 | -1,1 | 0,4 | -5,7 |
| Niederlande | -1,1 | -0,1 | 0,5 | -2,3 | -3,5 |

1) Basis: Veränderung der Produktivität (reales BIP je Erwerbstätigen) minus Veränderung der nominalen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer) jeweils in Prozent. 2) Basis: Veränderung der Produktivität (reales BIP je Erwerbstätigen) minus Veränderung der realen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer; deflationiert mit dem BIP-Deflator) jeweils in Prozent. 3) Deflator der privaten Konsumausgaben. 4) Anteil der Industriebeschäftigten in Prozent der Beschäftigung insgesamt; 2002: Januar bis September; B, GR, L, NL bis 2001. 5) Bis 1991 alte Bundesländer.
Quelle: Europäische Kommission; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Weder in der Gesamtwirtschaft noch im Verarbeitenden Gewerbe ist ein Trend in Richtung Lohnzurückhaltung zu beobachten. Offenbar besteht kein Automatismus, wonach der lohnpolitische Verteilungsspielraum mit zunehmender Wettbewerbsintensität – als die man die Euro-Einführung ökonomisch interpretiert – immer weniger ausgeschöpft werden kann.

*Ursachen*

Damit stellt sich die Frage, welche Faktoren die Lohnentwicklung beeinflussen. Im zweiten Teil dieser Untersuchung werden dazu verschiedene makroökonomische Einflussgrößen und institutionelle Rahmenbedingungen in den Blick genommen. Die Analyse der möglichen Zusammenhänge beschränkt sich auf den Vergleich der beiden Perioden 1987/1994 und 1995/2002, weil die Zahl der Beobachtungen bei einer weiteren Periodenzerlegung zu gering wäre, um verlässliche Aussagen treffen zu können. Bei den makroökonomischen Einflussgrößen werden drei Indikatoren betrachtet, deren periodendurchschnittliche Entwicklungen in Tabelle 3 dargestellt sind: Inflationsrate, Arbeitslosenquote und sektoraler Strukturwandel. Im Folgenden wird überprüft, wie diese drei Faktoren die Lohnzurückhaltung beeinflusst haben.

*Inflation*

Übersicht 1 kombiniert die Entwicklung von Lohnzurückhaltung und Inflationsraten. Dabei wird ein recht stabiler Zusammenhang zwischen Nominallohnzurückhaltung und Geldentwertung erkennbar:

Übersicht 1

## Inflation und Lohnzurückhaltung

- Veränderung 1995/2002 gegenüber 1987/1994 -

| | | Inflationsrate | |
|---|---|---|---|
| | | Sinkend | Steigend |
| Nominallohn-zurückhaltung | Sinkend | | NL |
| | Steigend | B; DK; D; GR; E; F; I; L; A; P; FIN; S; UK | IRL |
| Reallohn-zurückhaltung | Sinkend | DK; D; GR; F; L; P; FIN; S; UK | NL |
| | Steigend | B; E; I; A | IRL |

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

- 13 Länder, in denen sich die Nominallohnsteigerungen nach 1995 stärker an der Produktivitätsentwicklung orientiert haben, verzeichneten parallel dazu auch einen Rückgang ihrer Inflationsraten. Neben den großen EU-Ländern Frankreich, Vereinigtes Königreich und Italien zählt auch Deutschland zu dieser Gruppe.

- In den Niederlanden lässt sich der umgekehrte Zusammenhang beobachten: Die Nominallohnzurückhaltung ging zurück, während die Inflationsrate zunahm.
- Irland weicht als einziges EU-Land von dem gefundenen Schema ab. Hier nahm die Nominallohnzurückhaltung zu, obwohl die Inflation angestiegen ist.

Ein Teil der Nominallohnzurückhaltung dürfte demnach auf sinkende Inflationsraten zurückzuführen sein. Zwischen Reallohnzurückhaltung und Inflationsrate zeigt sich indes ein weniger stabiler Zusammenhang:

- In neun Ländern mit sinkender Inflationsrate hat auch die Reallohnzurückhaltung im Periodendurchschnitt 1995/2002 gegenüber 1987/1994 abgenommen. Diese Gruppe umfasst mit Deutschland, Frankreich und Vereinigtem Königreich drei der vier großen EU-Volkswirtschaften.
- In Belgien, Spanien, Italien und Österreich ging eine sinkende Inflationsrate nicht nur bei einer nominalen, sondern auch bei einer realen Betrachtung mit einer wachsenden Lohnzurückhaltung einher.
- Irland und die Niederlande weisen nominal wie real den gleichen Befund auf.

Die weniger ausgeprägte Lohnzurückhaltung beim Blick auf die Reallöhne deutet darauf hin, dass Verteilungskämpfe vor allem zuletzt härter geführt oder Produktivitäts- und Inflationserwartungen zu hoch angesetzt werden. Letzteres würde darauf hinweisen, dass die Gewerkschaften der Ankündigung der nationalen Zentralbanken, die Inflationsraten im Zuge des Konvergenzprozesses zu senken, ebenso wenig geglaubt haben wie der Ankündigung der EZB, die Inflationsrate im EU-Durchschnitt auf maximal 2 Prozent zu begrenzen. Stimmt diese Interpretation, würde ein Teil der seit 1995 beobachtbaren Abnahme der Reallohndisziplin auf einem Glaubwürdigkeitsproblem der Geldpolitik beruhen.

*Arbeitslosigkeit*

Neben der Inflation beeinflusst auch die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten die Lohndynamik (Übersicht 2):

- In neun Ländern nahm die Nominallohnzurückhaltung seit 1995 im Gefolge einer wachsenden Arbeitslosenquote zu. Diese Ländergruppe um-

fasst Deutschland, Frankreich und Italien. Dieser Gruppe lässt sich auch Portugal zuordnen, wo die Arbeitslosenquote im Periodendurchschnitt nahezu konstant blieb.

- In den Niederlanden lässt sich ein umgekehrter Zusammenhang – sinkende Arbeitslosenquote und verminderte Nominallohnzurückhaltung – beobachten. Der kräftige Abbau der Arbeitslosigkeit hat hier offenbar einen Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte entfacht.
- Vier Länder (Dänemark, Spanien, Irland, Vereinigtes Königreich) weichen von diesem Zusammenhang ab. Die Nominallohnzurückhaltung nahm zu, während sich die Arbeitsmarktlage entspannte. In Irland und Dänemark stieg die Lohndisziplin allerdings nur geringfügig.

Übersicht 2

## Arbeitslosigkeit und Lohnzurückhaltung

- Veränderung 1995/2002 gegenüber 1987/1994 -

| | | Arbeitslosenquote | |
|---|---|---|---|
| | | Sinkend | Steigend |
| Nominallohn-zurückhaltung | Sinkend | NL | |
| | Steigend | DK; E; IRL; UK | B; D; GR; F; I; L; A; (P); FIN; S |
| Reallohn-zurückhaltung | Sinkend | DK; NL; UK | D; GR; F; L; (P); FIN; S |
| | Steigend | E; IRL | B; I; A |

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Auch beim Beziehungsgeflecht zwischen Reallohnzurückhaltung und Arbeitslosenquote wäre zu erwarten, dass die Reallohnzurückhaltung mit wachsender Arbeitslosigkeit zunimmt und bei sinkender Arbeitslosigkeit der lohnpolitische Verteilungsspielraum knappheitsbedingt steigt. Tatsächlich liefert Übersicht 2 aber ein gemischtes Bild:

- In lediglich drei Ländern (Belgien, Italien, Österreich) ging eine im Periodendurchschnitt steigende Arbeitslosigkeit mit einer wachsenden Reallohnzurückhaltung einher, bei ebenfalls drei Ländern (Dänemark, Niederlande, Vereinigtes Königreich) zeigt sich ein umgekehrter Zusammenhang.

- In sieben Ländern nahm die Reallohnzurückhaltung dagegen ab, während die Arbeitslosenquote im Periodendurchschnitt anstieg. Zu dieser Gruppe gehören auch Deutschland und Frankreich.
- In Spanien und Irland nahm die Reallohnzurückhaltung trotz sinkender Arbeitslosigkeit zu, was im Falle Spaniens aufgrund seiner relativ hohen Arbeitslosenquote allerdings auch ökonomisch geboten war.

Dies deutet an, dass die Reallöhne – anders als die Nominallöhne – vielfach nicht auf die verschlechterte Situation auf dem Arbeitsmarkt reagiert haben. Es ist aber auch denkbar, dass die Reallöhne zwar auf die Arbeitslosigkeit reagiert haben, diese Reaktion aber durch das beschriebene Glaubwürdigkeitsproblem der Geldpolitik konterkariert wurde. Möglich wäre schließlich auch, dass der sektorale Strukturwandel den lohnpolitischen Verteilungsspielraum vergrößert hat.

*Strukturwandel*

Der sektorale Strukturwandel wird als Einflussfaktor herangezogen, weil sich seit 30 Jahren in den Industrieländern eine Verschiebung der Beschäftigungsanteile weg von der Industrie und hin zu Dienstleistungen beobachten lässt. Unter der Annahme, dass die Industrie mehr handelbare Güter als der Dienstleistungssektor herstellt, führt dieser Strukturwandel dazu, dass immer mehr Arbeitnehmer in Sektoren beschäftigt sind, die nicht handelbare Güter herstellen – dem internationalen Wettbewerbsdruck also entzogen werden. Damit verbessern sich aber – entgegen der These vom Lohnsenkungswettbewerb – auch die Möglichkeiten, den lohnpolitischen Verteilungsspielraum auszuschöpfen.

Ein Blick in die Empirie bestätigt diese These in Bezug auf die Nominallohnzurückhaltung allerdings nicht (Übersicht 3):

- Obwohl die Industriebeschäftigung relativ geschrumpft ist, hat die Nominallohndisziplin in 13 Ländern zugenommen. Allein in Irland ging die Zunahme der Lohndisziplin mit einem allerdings marginalen Zuwachs der Industriebeschäftigung an der Gesamtbeschäftigung einher.
- Allein in den Niederlanden ging die Nominallohnzurückhaltung parallel zur relativen Abnahme der Industriebeschäftigung zurück.

Übersicht 3

## Strukturwandel und Lohnzurückhaltung

- Veränderung 1995/2002 gegenüber 1987/1994 -

| | | Industriebeschäftigung[1)] | |
|---|---|---|---|
| | | Sinkend | Steigend |
| Nominallohn-zurückhaltung | Sinkend | NL | |
| | Steigend | B; DK; D; GR; E; F; I; L; A; P; FIN; S; UK | IRL |
| Reallohn-zurückhaltung | Sinkend | DK; D; F; GR; L; NL; P; FIN; S; UK | |
| | Steigend | B; E; I; A | IRL |

1) Anteil der Industriebeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung.
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die Ausgangsthese wird eher durch einen Vergleich zwischen sektoralem Strukturwandel und Reallohnzurückhaltung bestätigt:

- In immerhin zwei Drittel der Länder wurde der reale Verteilungsspielraum parallel zum relativen Rückgang der Industriebeschäftigung seit 1995 stärker als davor ausgeschöpft. Zu dieser Gruppe gehören die großen EU-Volkswirtschaften Deutschland, Frankreich und Italien.
- In vier Ländern (Belgien, Spanien, Italien, Österreich) nahm die Reallohnzurückhaltung allerdings trotz sektoralem Strukturwandel zu. Irland stellt aufgrund seines marginalen Anstiegs der relativen Industriebeschäftigung wiederum einen Sonderfall dar.

Dass sich empirisch auf der einen Seite kein Zusammenhang zwischen Nominallohnzurückhaltung und sektoralem Strukturwandel zeigt, auf der anderen Seite aber ein schwacher zwischen Reallohnzurückhaltung und Strukturwandel, kann zum einen daran liegen, dass sich die aufgezeigten Einflussgrößen gegenseitig überlagern. Möglicherweise sind aber auch immer mehr Dienstleistungen handelbar geworden (Lichtblau, 2000).

Als Ergebnis der Analyse makroökonomischer Einflüsse lässt sich festhalten, dass die Nominallohnzurückhaltung seit 1995 vor allem deshalb größer als in den Jahren zuvor war, weil die Inflationsraten rückläufig waren

und die Arbeitsmarktprobleme vielerorts zunahmen. Bei der Reallohnzurückhaltung, die anders als die Nominallohnzurückhaltung seit 1995 mehrheitlich abgenommen hat, lassen sich hingegen keine eindeutigen Einflusskanäle identifizieren.

*Ökonometrischer Test*

Diese stilisierten Fakten werden bestätigt, wenn ergänzend der Blick auf einige ökonometrische Untersuchungen zum Lohnbildungsprozess geworfen wird. Fitzenberger/Franz (1994) und Fitzenberger (1995) untersuchen die Lohnbildung in insgesamt sieben EU-Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande und Vereinigtes Königreich) und stellen dabei fest, dass der Nominallohn als abhängige Variable in allen untersuchten Ländern besonders vom Niveau der Arbeitslosenquote in der Vorperiode sowie von der zurückliegenden Preisentwicklung beeinflusst wird und eine Tendenz zu einem festen Reallohn besteht.

Einen signifikanten Einfluss der Preisentwicklung auf die Nominallöhne und dementsprechend unflexible Reallöhne findet auch eine Untersuchung von Mc Morrow (1996). Für die EU insgesamt ergibt sich danach, dass ein Preisanstieg von 1 Prozent zu einem Anstieg der Nominallöhne um 0,91 Prozent führt. Eine weitere signifikante Erklärungsgröße der Nominallohnentwicklung ist die Arbeitslosenquote. Je höher das Niveau der Arbeitslosenquote und je stärker ihr prozentualer Anstieg, desto geringer fallen die Nominallohnzuwächse aus. Der Einfluss der Produktivitätsentwicklung ist hingegen gering.

Da die genannten Untersuchungen nur bis Anfang der neunziger Jahre reichen, soll abschließend eine einfache Poolschätzung, die alle 15 EU-Länder einbezieht und sich auf den Zeitraum 1988/2002 stützt, durchgeführt werden. In Anlehnung an die genannten Studien basiert die nachstehende Schätzgleichung auf einem erweiterten Phillips-Kurven-Ansatz:

$$\Delta W_t = 1{,}579 const + 0{,}990 \Delta P_{t-1} - 0{,}061 U_{t-1} - 0{,}035 \Delta U_{t-1} + 0{,}229 \Delta y_{t-1}$$

(4,397)*** (2,806)*** (-1,856)* (-4,719)*** (23,836)***

$R^2 = 0{,}73$; t-Statistik in Klammern; */**/***=signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10/5/1 Prozent.

Die Nominallohnentwicklung des laufenden Jahres ($\Delta W_t$) wird durch die jeweils in der Vorperiode gemessene Verbraucherpreisentwicklung ($\Delta P_{t-1}$), die Arbeitslosenquote ($U_{t-1}$), deren prozentuale Veränderung ($\Delta U_{t-1}$) sowie

durch die Produktivitätsentwicklung je Arbeitnehmer ($\Delta y_{t-1}$) erklärt. Die Regression ergibt, dass sich ein Anstieg von Inflationsrate und Produktivität positiv auf die Nominallöhne der folgenden Periode auswirkt und das Niveau der Arbeitslosenquote sowie ihr Anstieg sich negativ auswirken. Interessant ist, dass ein Anstieg der Verbraucherpreise fast vollständig lohnpolitisch kompensiert wird, während der Einfluss des Arbeitsmarkts vergleichsweise gering ausfällt. Dies deutet auf relativ starre Reallöhne hin und erklärt, warum in der deskriptiven Analyse keine eindeutigen Beziehungen gefunden wurden.

*Institutionelle Einflüsse*

Neben den makroökonomischen Einflussfaktoren wirken natürlich auch institutionelle Arrangements auf die Lohnbildung ein. In einigen EU-Staaten ist die Lohnentwicklung seit Ende der achtziger Jahre zum Beispiel durch institutionalisierte Sozialpakte zwischen Tarifparteien und Regierung beeinflusst worden. Ziel dieser vor allem in kleineren EU-Ländern geschlossenen tripartistischen Vereinbarungen waren die Wahrung oder Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sowie die Erfüllung der Konvergenzkriterien, um sich für die Endstufe der EWU zu qualifizieren. Nach dem Vorbild der Niederlande, wo schon 1982 ein Sozialpakt vereinbart wurde (Akkord von Wassenaar), schlossen Irland, Finnland, Italien und Portugal ähnliche Bündnisse. In Belgien hat die Regierung einseitig den Lohnbildungsprozess gesteuert (Fajertag/Pochet, 2000, 11 ff.; Hassel, 2002, 160).

Die lohnpolitischen Wirkungen der Sozialpakte können daran gemessen werden, wie sich die nominalen Lohnzuwächse an der Produktivitätsentwicklung orientiert haben (Lesch, 2000, 29). Die Abbildung zeigt, dass der Abstand zwischen den Produktivitätstrends und der Entwicklung der Arbeitskosten vor Abschluss der Sozialpakte deutlich größer war als danach. Das trifft für alle Länder zu, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und mit unterschiedlichen realwirtschaftlichen Hintergründen:

- In den Niederlanden wurde unmittelbar nach dem Abkommen von Wassenaar eine strikte Produktivitätsorientierung verfolgt. In der Periode 1983/90 stiegen die Nominallöhne nicht stärker an als die Pro-Kopf-Produktivität. In den neunziger Jahren wurde die Produktivitätsbindung besonders in den letzten Jahren lockerer, weil es inzwischen zu einem

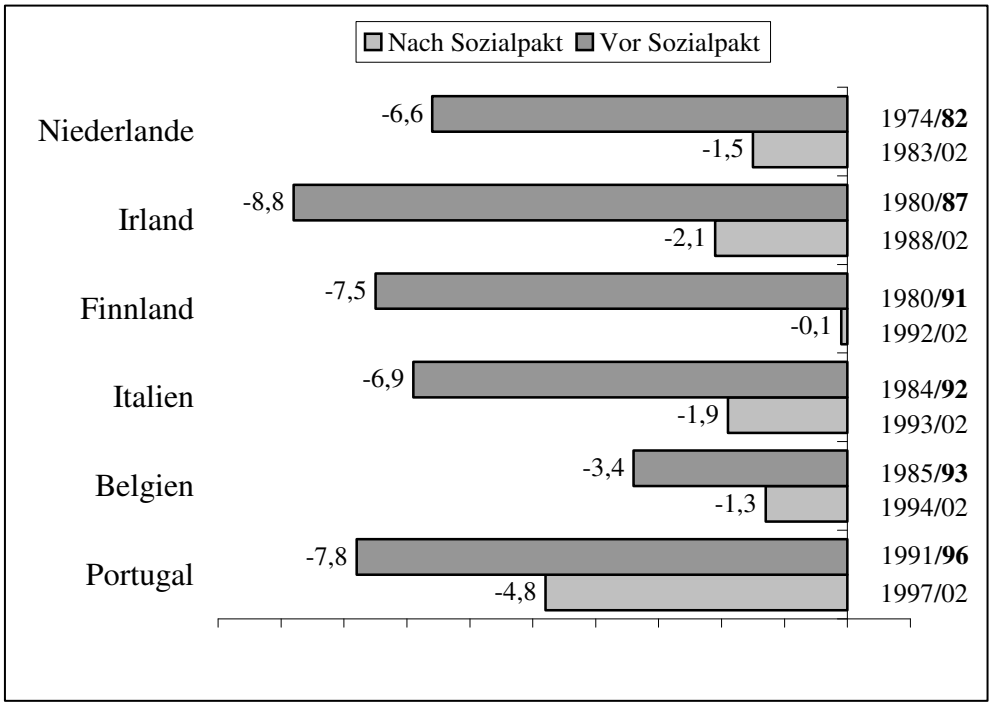
kräftigen Beschäftigungsaufbau gekommen ist. Die Arbeitslosenquote sank von knapp 6 Prozent im Jahr 1990 auf 2,7 Prozent im Jahr 2002.

- In Irland stiegen vor dem ersten Sozialpakt die Arbeitskosten im Jahresdurchschnitt um fast 9 Prozentpunkte stärker an als die Produktivität. Nach dem ersten Pakt reduzierte sich der Abstand auf 2 Prozentpunkte und nach den weiteren Bündnissen lag der Arbeitskostenanstieg zum Teil sogar unter dem Produktivitätszuwachs. Auch hier ging die Arbeitslosigkeit von über 13 Prozent (1990) auf zuletzt 4,4 Prozent zurück.
- In Finnland gibt es ebenfalls deutliche Anzeichen einer stärkeren Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik. Allerdings ist hier die Beschäftigung bis Mitte der neunziger Jahre im Zuge einer hartnäckigen Konjunktur- und Strukturkrise zurückgegangen. Da ein Teil der Produktivitätsgewinne somit auf Entlassungen zurückgeht, ist der verglichen mit der Produktivitätsentwicklung langsamere Anstieg der Arbeitskosten zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung unverzichtbar.

Abbildung

## Sozialpakte und Lohnzurückhaltung

- Periodendurchschnitte in Prozentpunkten -




Jahresdurchschnittlicher Abstand zwischen Produktivitätswachstum (reales BIP je Erwerbstätigen) und Veränderung der nominalen Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer).
Quelle: Europäische Kommission; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Auch in Italien hat sich die Lohnentwicklung nach Abschaffung der automatischen Lohnindexierung (1992) dem Produktivitätsanstieg stark angenähert. Zuletzt hat die Lohndisziplin allerdings wieder etwas abgenommen. Für Belgien und Portugal zeigt die Abbildung zwar weniger deutliche Erfolge. In diesen Ländern sind die Beziehungen aber weniger durch einen allgemeinen Konsens gekennzeichnet, sondern vielmehr dadurch, dass der Staat regulierend in die Lohnverhandlungen eingreift.

*Fazit*

Als Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Lohnentwicklung von verschiedenen Einflussfaktoren abhängt. Nach wie vor ist zu beobachten, dass die Gewerkschaften vor allem auf die Sicherung der Reallöhne bedacht sind und darüber hinaus einen Anteil am wirtschaftlichen Fortschritt einfordern. Zwar wird die Lohnentwicklung auch durch die Arbeitsmarktentwicklung beeinflusst. Eine rein beschäftigungsorientierte Lohnpolitik von Gewerkschaftsseite, wie sie bei der These des Lohnsenkungswettbewerbs unterstellt wird, lässt sich empirisch jedoch nicht beobachten.

Die verschiedentlich erhobene Forderung, den lohnpolitischen Verteilungsspielraum voll auszuschöpfen, um einen ansonsten drohenden Lohnsenkungswettlauf zu vermeiden, kann theoretisch ohnehin nicht überzeugen. Lohnzurückhaltung führt nämlich nicht nur zu einer Verbesserung der Wettbewerbsposition. Indem sie die Kapitalrentabilität erhöht und Arbeit im Vergleich zu Kapital billiger macht, verlangsamt sie auch den Substitutionsprozess zwischen Kapital und Arbeit und stößt Erweiterungsinvestitionen an. Beides wirkt sich positiv auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen und damit auch auf die Beschäftigungsentwicklung und den Abbau der hohen Arbeitslosigkeit aus (Lesch, 2001, 51). Je länger aber eine Politik der Lohnzurückhaltung verfolgt wird und je schneller eine Situation der Vollbeschäftigung erreicht ist, desto eher sind die Lohnsenkungspotenziale ausgeschöpft und desto eher beginnt der Wettbewerb um knappe Arbeitskräfte (Schürfeld, 1998, 546; Siebert, 1998, 119). Dies bestätigen auch die jüngsten arbeitsmarkt- und lohnpolitischen Entwicklungen in Irland, Dänemark und den Niederlanden.

April 2003 Hagen Lesch

Literatur:

Fajertag, Guiseppe / Pochet, Philippe, 2000, A New Era for Social Pacts in Europe, in: Fajertag, Giuseppe / Pochet, Philippe (Hrsg.), Social Pacts in Europe – New Dynamics, Brüssel, S. 9-40.

Fitzenberger, Bernd, 1995, Zentralisierungsgrad von Lohnverhandlungen in Ländern der Europäischen Union, in: Oberender, Peter / Streit, Manfred E., Europas Arbeitsmärkte im Integrationsprozess, Baden-Baden, S. 77-117.

Fitzenberger, Bernd / Franz, Wolfgang, 1994, Dezentrale versus zentrale Lohnbildung in Europa: Theoretische Aspekte und empirische Evidenz, in: Gahlen, Bernhard / Hesse, Helmut / Ramser, Hans Jürgen (Hrsg.), Europäische Integrationsprobleme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, Tübingen, S. 321-353.

Hassel, Anke, 2002, A New Going Rate? Co-ordinated Wage Bargaining in Europe, in: Pochet, Philippe (Hrsg.), Wage Policy in the Eurozone, Brüssel/Bern u. a., S. 149-176.

Horn, Gustav A. / Scheremet, Wolfgang / Zwiener, Rudolf, 1999, Wages and the Euro, Heidelberg/New York.

Kromphardt, Jürgen, 1999, Lohnsenkungswettbewerb in der EWU – Deflationsgefahr oder Beschäftigungsimpuls?, in: Wirtschaftsdienst, 79. Jg., S. 85-89.

Lesch, Hagen, 1999, Lohnpolitik in einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – Internationale Kooperation versus Dezentralisierung, Lohmar/Köln.

Lesch, Hagen, 2000, Lohnfindung und Tarifpolitik im Ordnungsrahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, in: iw-trends, Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, 27. Jg., Heft 3, S. 20-41.

Lesch, Hagen, 2001, Beschäftigungswirkungen einer moderaten Lohnpolitik, in: iw-trends, Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, 28. Jg., Heft 4, S. 39-54.

Lichtblau, Karl, 2000, Internationalisierung von Dienstleistungen, in: iw-trends, Quartalshefte zur empirischen Wirtschaftsforschung, 27. Jg., Heft 1, S. 61-72.

Mc Morrow, Kieran, 1996, The Wage Formation Process and Labour Market Flexibility in the Community, the US and Japan, in: European Commission (Hrsg.), Economic Papers, Nr. 188, Brüssel.

Schröder, Christoph, 2002, Industrielle Arbeitskosten im internationalen Vergleich, in: iw-trends, Vierteljahreszeitschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, 29. Jg., Heft 2, S. 46-54.

Schürfeld, Angela, 1998, Droht ein Lohnsenkungswettbewerb in der Europäischen Währungsunion?, in: Wirtschaftsdienst, 78. Jg., Heft 9, S. 543-549.

Siebert, Horst, 1998, Arbeitsproduktivität und Löhne in der Europäischen Währungsunion, in: Die Weltwirtschaft, Heft 2, S. 115-120.

Wansleben, Martin, 1986, Der Produktivitätszuwachs als Maßstab für eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik, Baden-Baden.

Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft, 1989, Europäische Währungsordnung, BMWi-Studienreihe, Nr. 61, Bonn.

***

## European Monetary Union and Wage Dumping Competition

*iw-focus*

Since the adoption of a single currency in Western Europe the responsibility of the collective bargaining partners for employment has substantially increased. Expansive wage policies detrimental to competitiveness can no longer be compensated by exchange rate adjustments or monetary policy. In some countries, the social partners have responded to the new challenges with more productivity-oriented wage contracts. This has not, as evoked by critics, triggered an excessive wage dumping competition. An empirical analysis of wage developments since 1987 shows that there is no continuous trend of pronounced wage moderation, neither in the European Union nor in the Euro area. Indeed, the wage bargaining process has not primarily been guided by labour market developments but by distributional aims of the trade unions focussing on the preservation of real wages.